

„Vamos, Pepe...?“

VORWAHLEN ZU DEN PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN URUGUAY

Am 28. Juni fanden in Uruguay Vorwahlen statt. Zumindest hinsichtlich der Entscheidung über die nun jeweils einzigen Kandidaten der Parteien für das Amt des Staatspräsidenten bei den Parlaments und Präsidentschaftswahlen am 25. Oktober 2009 gab es keine Überraschungen. So jedoch nicht vorhersehbar war, dass das Regierungsbündnis Frente Amplio sich nach den vorläufigen Auszählungsergebnissen des Wahlgerichts nicht als stärkste politische Kraft behaupten konnte.¹

Nach den vom Wahlgericht (Corte Electoral) nach Auszählung von 99,8% der abgegebenen Stimmen bekannt gegebenen Ergebnissen, erlangte der Frente Amplio (FA) nur gut 41,18% der Wählerstimmen, während die stärkste Oppositionspartei, der Partido Nacional (PN) knapp über 46% erreichte. Die zweite Traditionspartei Uruguays, der Partido Colorado (PC) erhielt fast 12%.

Dabei dürfte es sich jedoch um ein Zerrbild handeln, das nicht den politischen Realitäten entspricht, sondern durch die niedrige Wahlbeteiligung und innerhalb dieser durch die unterschiedlich starke Wählermobilisierung der Parteien beeinflusst wurde. An diesem ersten Sonntag der zweiwöchigen Winterferien folgten nur 44% der etwa 2.585.000 Wahlberechtigten dem Aufruf der acht an den Wahlen teilnehmenden Parteien, unter den 16 Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten eine Vorauswahl zu treffen. Damit blieb die Wahlbeteiligung so-

wohl unter der der letzten Vorwahlen im Jahr 2004, an denen 46% der Wahlberechtigten teilgenommen hatten, als auch unterhalb der Erwartungen: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Interconsult hatte Anfang Juni eine Wahlbeteiligung von 51% prognostiziert.

Beim Frente Amplio (FA) siegte erwartungsgemäss der offizielle Kandidat dieses Parteienbündnisses, der 75-jährige Senator José Mujica (Movimiento de Participación Popular, MPP). Er erhielt 52% der für den FA abgegebenen Stimmen, gefolgt vom Senator und ehemaligen Wirtschaftsminister Danilo Astori (Asamblea Uruguay), mit etwa 39,7%. Der dritte Kandidat des FA, Marcos Carámbula, Intendente von Canelones, erreichte etwa 8,3% der Zustimmung aus den Reihen des FA.

Bei der grössten uruguayischen Oppositionspartei, dem Partido Nacional, ging der ehemalige Staatspräsident (1990-1995) Luis Alberto Lacalle, der die Gruppierung Unidad Nacional anführt, mit 57,1% der für seine Partei abgegebenen Stimmen klar als Wahlgewinner hervor. Jorge Larrañaga, der den Sektor Alianza Nacional anführt, erlangte ca. 42,8% der Zustimmung. Der dritte Bewerber des PN, Irineu Riet vom Movimiento Federal Saravista, verschwand wie schon im zwischen Lacalle und Larrañaga polarisierten Wahlkampf in der Bedeutungslosigkeit.

Beim Partido Colorado, der etwa 150 Jahre lang die politischen Geschicke in Uruguay bestimmt hatte, brachte es der Kandidat der Gruppierung Vamos Uruguay, Pedro Bordaberry, auf 72% der parteiinternen Wähler-

¹ Die Verfasserin dankt ihrer Mitarbeiterin Rosario Navarro sowie Camilla Alabor, Praktikantin im KAS-Büro Uruguay, für die Hilfe bei den Recherchen zu diesem Bericht.

URUGUAY

GISELA ELSNER

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

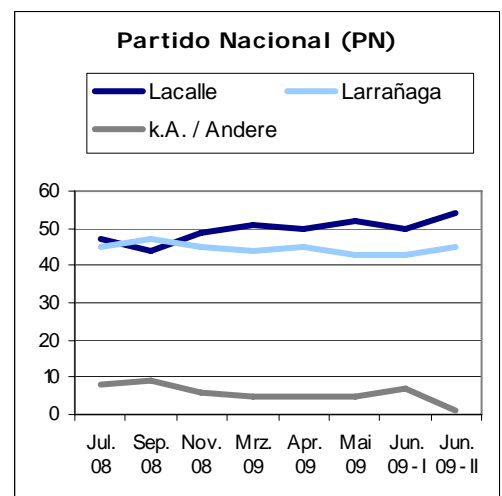
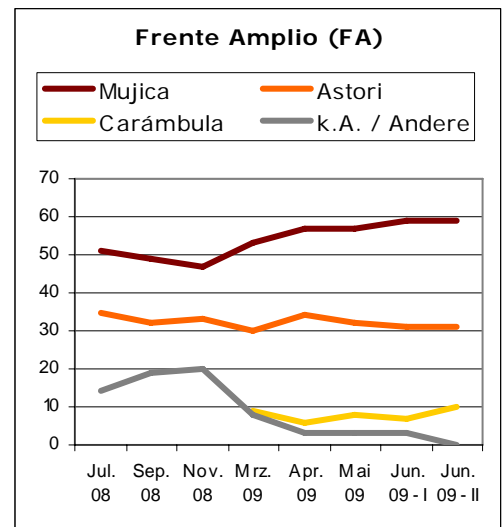
gunst. Von den insgesamt sechs für den PC angetretenen Kandidaten sind ausser Bordaberry nur noch der PC-Abgeordnete José Amorin Batlle (Lista 15) und Luis Hierro López (Foro Batllista) erwähnenswert, die jeweils etwa 14,8% bzw. 12% der Colorado-Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Das Wahlgericht teilte mit, dass die weitere Auszählung der Stimmen in Montevideo und dem angrenzenden Departamento Canelones wegen eines Unwetters und der Ermüdung der Wahlhelfer, die teilweise seit dem frühen Morgen des Wahlsonntags arbeiteten, unterbrochen worden sei und tags darauf wieder aufgenommen würde. Die Internetseite des Wahlgerichts ist bereits seit dem Wahltag offenbar wegen zu vieler Zugriffsversuche nicht aufrufbar.

Die siegreichen Präsidentschaftskandidaten

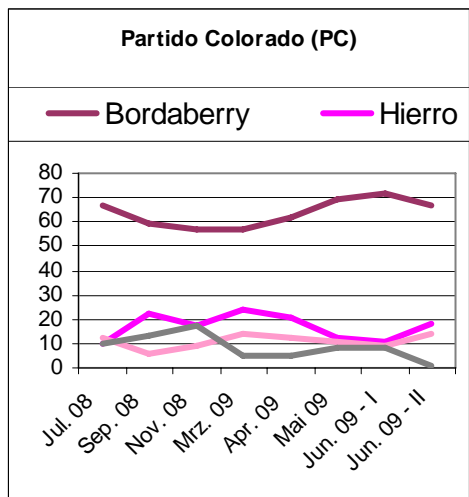
Zum Präsidentschaftskandidaten gewählt ist, wer – wie bei diesen Wahlen voraussichtlich im Falle der drei massgeblichen Parteien erfolgt - die absolute Mehrheit der für seine Partei abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Dies ist bei allen drei massgeblichen Parteien der Fall. Wäre die absolute Mehrheit verfehlt worden, wäre gewählt, wer mehr als 40% der Stimmen erhalten hat und zudem den Kandidaten mit den zweitmeisten Stimmen um zehn Prozentpunkte übertrumpft. Wären beide Bedingungen nicht erfüllt, so würde gemäss der nationalen Wahlgesetzgebung der Kandidat von den Mitgliedern der *Convención Nacional* der jeweiligen Partei (in diesem Fall des FA) mit absoluter Mehrheit nominiert. Dieses Parteiorgan wird bei den Vorwahlen mit demselben Stimmzettel gewählt, mit dem der Wähler auch über den Präsidentschaftskandidaten abstimmt. Mit einem weiteren Stimmzettel wird die *Convención Departamental* der einzelnen Parteien gewählt, deren Funktion es ist, bis zu drei Kandidaten der jeweiligen Partei für die Wahl zum Bürgermeisteramt (Montevideo) bzw. das des Gouverneurs (*Intendente*) in den übrigen Departamentos des Landes zu nominieren. Die Departamentalwahlen stehen im Mai 2010 an.

Die Teilnahme an den Vorwahlen ist verpflichtend für die Parteien, die sich andernfalls nicht zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bzw. Departamentalwahlen aufstellen können. Diese Tatsache schwächte auch die Aussagekraft der seit Monaten in immer kürzer werdenden Abständen durchgeführten Umfragen der Meinungsforschungsinstitute. Darin hatten sich jedoch José Mujica für den Frente Amplio, Luis Alberto Lacalle für den Partido Nacional und Pedro Bordaberry für den Partido Colorado mit immer grösserer Deutlichkeit als die wahrscheinlichsten Gewinner der Vorwahlen manifestiert, die im allgemeinen Sprachgebrauch in Uruguay als „interne Wahlen“ (elecciones internas) bezeichnet werden.



(Quelle: Cifra González Raga & Asociados)

Dies ist zumindest ungenau, denn tatsächlich kann jeder wahlberechtigte Bürger un-



abhängig davon, ob er Parteimitglied ist oder nicht, den Bewerber wählen, den er gern als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt sehen möchte. Die Wahlen sind geheim und werden vom Wahlgericht (Corte Electoral) organisiert, kontrolliert und ausgezählt.

Tatsächlich stellte sich beim FA der 75-jährige Senator, ehemalige Landwirtschaftsminister und ex-Tupamaro José Mujica, als klarer Sieger heraus. Er war bereits beim Kongress des Frente Amplio im Dezember 2008 zum offiziellen Kandidaten des Regierungsbündnisses gewählt worden und seine Popularität seitdem konstant gestiegen. Mujica war der Kandidat seines Movimiento de Participación Popular, der kommunistischen Partei (mit Ausnahme der Sozialministerin Marina Arismendi, die Astori unterstützt), des Vertiente Artiguista sowie einiger kleinerer Sektoren des FA, vor allem aber des Volkes. Er selbst beschrieb sich immer wieder als der Präsident aller Uruguayer („El presidente de todos“) und ist unbestritten der Kandidat der ärmeren Bevölkerungsschichten. Mit seiner volksnahen Sprache konnte „el Pepe“ gerade bei diesen Schichten Stimmen für sich gewinnen. Er hatte im Wahlkampf u.a. den Standpunkt vertreten, dass ein Präsident fähig sein müsse Enthusiasmus zu wecken, „sei es durch einen Hungerstreik (hier spielte er auf das Beispiel des bolivianischen Staatspräsidenten Evo Morales aus dem April 2009 an, Anm. d. Verf.) oder indem er sich mit der Bürokratie anlegt“. Mujica hatte in seiner Jugend zunächst dem Partido Nacional angehört, war dann zum Movimiento de Liberación Nacio-

nal (MLN) übergetreten und schließlich als Tupamaro in den Guerilla-Untergrund abgetaucht. Während der uruguayischen Militärdiktatur (1973 bis 1985) sass er jahrelang in Haft. Mit der Rückkehr der Demokratie gründete er gemeinsam mit anderen MLN-Anhängern den Movimiento de Participación Popular, der 1989 dem FA beitrug.

Beim Partido Nacional setzte sich Ex-Staatspräsident Luis Alberto Lacalle gegen seinen parteiinternen Widersacher Jorge Larrañaga durch, der seinerseits bei den letzten Wahlen im Jahr 2004 siegreich aus den Vorwahlen hervorgegangen war und als Favorit galt. Lacalle hatte zunächst ausgeschlossen, dass er sich erneut für das Präsidentenamt bewerben werde, dann aber Anfang 2008 unter Hinweis darauf, dass sich „die Umstände geändert“ hätten, doch auf eine Nominierung durch seinen Partisektor „Herrerismo“ hingewirkt, die im April 2008 erfolgte. Seither hat er kontinuierlich an Zustimmung gewonnen und ist innerhalb eines Jahres vom Herausforderer zum Favoriten geworden. Dies gelang ihm zum einen, indem er im Juni 2008 seinen Sektor „Herrerismo“ und den des Senators Francisco Gallinal, „Correntada Wilsonista“, der in den vorangegangenen Wahlen Larrañaga unterstützt hatte, in der Bewegung „Unidad Nacional“ zusammenführte. Zum anderen milderte Lacalle seinen sehr liberalen Diskurs, der ihm noch Anfang der neunziger Jahre in das Amt des Staatspräsidenten verhoffen hatte, ab. Gleichwohl äusserte er sich immer wieder deutlich kritisch gegenüber der Politik der Regierung des Staatspräsidenten Tabaré Vázquez, zum Beispiel mit Blick auf die eingeführte progressive Einkommenssteuer (Impuesto a la Renta de las Personas Físicas, IRPF) und das Problem der öffentlichen Sicherheit. Schliesslich führte er immer wieder an, dass er bereits die Erfahrung einer Amtsperiode als Staatspräsident mitbringe. Dass seine Amtszeit durchaus polemisch betrachtet wird, nicht zuletzt, weil in seinem Umfeld Korruptionsfälle aufgedeckt wurden, scheint ihm nicht geschadet zu haben, zumal er in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen pflegt, dass er mit der Zeit etwas bescheidener und weiser geworden sei.

Pedro Bordaberry, Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Juan María Bordaberry, der das Land 1973 in eine Militärdiktatur geführt hatte, trat mit seiner 2007 gegründeten Bewegung „Vamos Uruguay“ an, um einen Generationswechsel im Partido Colorado einzuleiten. Der 1960 geborene Jurist war unter dem Staatspräsidenten Jorge Batlle (2000 bis 2005) zunächst Minister für Tourismus und Sport und dann Industrie- und Minister und bringt insofern Regierungserfahrung mit. Bei seiner ersten Ansprache an seine Anhänger in der Wahlnacht baute er verbal und durch Gesten der Einbeziehung Brücken zu den anwesenden ehemaligen Staatspräsidenten Julio María Sanguinetti und Jorge Batlle, indem er ankündigte, dass die neue Generation mit der älteren zusammenarbeiten und an den Prinzipien der Partei festhalten werde. Ausführlich ging er darauf ein, dass er einen Ethik-Kodex für seine Partei einführen werde.

Die „zweite Reihe“

In der zweiten Reihe blieben in der Wahl- nacht zunächst der 69-jährige Senator Danilo Astori, Wirtschaftswissenschaftler mit langjähriger Universitätskarriere, und Mit- begründer des FA im Jahr 1971. Er war in der Regierung des Staatspräsidenten Tabaré Vázquez zunächst Wirtschaftsminister. Mit seiner an wirtschaftlicher Stabilität und nachhaltigem Wachstum orientierten Politik konnte er auch international Ansehen und Vertrauen gewinnen. Im September 2008 gab er das Regierungsamt traditionsgemäß auf, um sich auf den Wahlkampf als Präsi- dentschaftskandidat konzentrieren zu kön- nen.

Astori war der von Vázquez erklärtermaßen favorisierte Kandidat für seine Nachfolge. Er selbst kann nicht noch einmal für das Amt kandidieren, da die uruguayische Verfas- sung keine Möglichkeit der unmittelbaren Wiederwahl des Staatspräsidenten vorsieht. Bestrebungen, dies mittels einer Verfas- sungsänderung noch vor der Wahl doch zu ermöglichen, hatte Vázquez selbst katego- risch eine Absage erteilt. Anfang Dezember 2008 trat er aus der sozialistischen Partei aus und begründete dies u.a. damit, dass nur zwei Gruppierungen des FA seinen Vor-

schlag, Danilo Astori zum Präsidenten- schaftskandidaten des FA zu ernennen, un- terstützt hätten.

Der 61-jährige Lungenfacharzt Marcos Ca- rámbula, der bei den Wahlen des offiziellen Kandidaten für die Vorwahlen durch den Parteikongress des FA im Dezember 2008 Astori überraschend auf den dritten Platz verwiesen hatte, erhielt nun nicht einmal 10% der Stimmen. Der Gouverneur des an die Hauptstadt Montevideo angrenzenden Departamento Canelones, gehörte in seiner politischen Karriere zunächst dem Partido Socialista, dann, nach der Diktatur, dem Partido Comunista an und schloss sich 1992 dem FA-Sektor „Confluencia Frenteamplista“ an. Für die diesjährigen Wahlen trat er für den „Tercer Polo“ an.

Beim Partido Nacional ist der klare Verlierer dieser Vorwahlen der 52-jährige Jurist und Senator Jorge Larrañaga. Von 2004 bis Sep- tember 2008 war der ehemalige Gouverneur (Intendente) des Departamentos Paysandú Vorsitzender des Directorio del Partido, des Leitungsorgans der Partei, in dem alle ihre Sektoren vertreten sind. Er hatte das Amt niedergelegt, um sich dem Wahlkampf als Präsidentschaftskandidat für seinen Sektor Alianza Nacional zu widmen. Bei den voran- gegangenen Nationalwahlen im Jahr 2004 war er als Präsidentschaftskandidat des PN angetreten, nachdem er den diesmaligen Sieger Luis Alberto Lacalle bei den Vorwah- len besiegt hatte. Damals sah es aus, als steuerte die Traditionspartei der „Blancos“ auf einen Generationswechsel zu.

Beim Partido Colorado unterlagen der ehe- malige Vizepräsident und Innenminister Luis Hierro López sowie der Abgeordnete und frühere Bildungsminister José Amorín Battle klar dem parteiinternen Favoriten Pedro Bordaberry. Die drei übrigen Kandidaten des PC, Daniel Lamas, Pedro Etchegaray Avallone und Eisenhower Cardoso Sosa, er- hielt keine nennenswerte Zustimmung der Wahlbevölkerung.

Der Partido Independiente, die vierte im uruguayischen Parlament vertretene Partei (ein Abgeordneter), trat wie schon bei den Wahlen 2004, erneut mit ihrem Spitzen-

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

kandidaten, dem knapp 50-jährigen Pablo Mieres an, erhielt aber nicht einmal 1% der Stimmen. Der versiert auftretende Jurist und Soziologe, der zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Themenbereichen wie politische Parteien, Wahlverhalten und Sozialpolitik vorzuweisen hat, gehörte vor Gründung seiner Partei im Jahr 2002 der Gruppierung „Nuevo Espacio“ an und sass für diese im Abgeordnetenhaus, bis sie sich dem FA anschloss.

Weitere vier Kandidaten traten für die Splitterparteien Asamblea Popular, Partido de los Trabajadores, Partido Cuatro Puntos Cardinales und Partido COMUNA an.

Dass sich ein Land mit knapp 2,6 Mio. Wahlberechtigten einen Vorwahlkampf mit insgesamt 16 Kandidaten leistet, von denen nicht einmal politikinteressierten Uruguayern alle bekannt sind, erscheint zumindest befremdlich.

„La fórmula“ – strategischer Zug des Partido Nacional in der Wahlnacht

Nachdem die Kandidaten für das höchste Amt im Staate nun fest stehen, wird die spannende Frage der kommenden Tage und Wochen sein, wer bei den jeweiligen Parteien als Vizepräsident aufgestellt werden soll. Auch wenn diese Funktion in der Regel wohl nicht über den Wahlsieg entscheidet, kann die Wahl des Kandidaten schon einmal mitentscheidend sein, wenn zwei Parteien in der Wählergunst in etwa Gleichstand erreichen. Der Sieger bei den Vorwahlen entscheidet, wen er in seine „fórmula“ als Vizepräsidentenskandidaten aufnehmen möchte. Bei Partido Nacional und Partido Colorado wird der Bewerber dann von der Convención Nacional, beim FA vom Parteikongress bestätigt.

Hier machte der Partido Nacional wenige Stunden nach Bekanntwerden der ersten Wahlergebnisse einen strategisch wichtigen Schritt: Jorge Larrañaga erkannte den Sieg seines Herausforderers Luis Alberto Lacalle an, gratulierte ihm und akzeptierte sogleich dessen Angebot, der Kandidat des PN für das Amt des Vizepräsidenten zu sein. „Die Regeln der Demokratie gelten für Gewinner

und Verlierer,“ erklärte Larrañaga Presseberichten zufolge. Und wenn man verliere, so müsse man mit Würde beschliessen, dass der Kampf morgen beginnt. Es gelte nun, für ein politisches Projekt zu kämpfen, das der Partido Nacional sei. Tatsächlich wird Larrañaga eine wichtige Rolle als Brücke des PN zum FA spielen,

Zwei Tage nach der Wahl gab es nun ein erstes Treffen der beiden, bei dem Arbeitsgruppen für die verschiedenen Themenbereiche und Aufgaben des Wahlkampfes zusammengestellt wurden. Im übrigen, so Lacalle, würden nun aber Larrañaga und er und auch die Anhängerschaft des PN den Rest der Woche dazu nutzen, sich von den Anstrengungen des Wahlkampfes für die Vorwahlen zu erholen.

Die so unter Beweis gestellte Entschlossenheit des PN, dem FA als geeinte Partei die Regierungsmacht streitig zu machen, setzt das Regierungsbündnis unter Druck, nun ebenfalls so bald wie möglich ihre „fórmula“ bekannt zu geben – auch wenn Mujica dies unter Verweis darauf zurückwies, dass beim FA stets der Parteikongress über diese Frage entschieden habe. Im FA besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Danilo Astori als Bewerber für das Vizepräsidentenamt ins Rennen geschickt werden soll. Dieser hatte Ende 2008 zunächst in einem Brief an die Führung des FA ausgeschlossen, sich mit der Kandidatur für das Vizepräsidentenamt zufrieden zu geben. Staatspräsident Vázquez intervenierte zunächst erfolglos, um Astori davon zu überzeugen, mit Mujica bereits am Wahlnachmittag über die „fórmula“ zu verhandeln, nachdem der PN sich bereits unmittelbar nach der Wahl auf Lacalle und Larrañaga festgelegt hatte. Inzwischen hat sich Astori offenbar zumindest grundsätzlich bereit erklärt, gemeinsam mit Mujica bei den Wahlen im Oktober anzutreten. Erste Gespräche zwischen Vertrauten von Mujica und Astori sind im Gange, um eine Agenda für die Verhandlungen zwischen den beiden aufzustellen. Aus Astoris Umfeld wurde mitgeteilt, dass es dabei um programmatische Themen und die Aufteilung der etwaigen Regierungsverantwortung zwischen beiden geht und dass angesichts der grossen Unterschiede

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

im Wahlprogramm der beiden harte Verhandlungen erwartet würden. So besteht Astori offenbar auf einem moderateren Diskurs, der die zentralen Punkte des Programmes des FA aufnimmt, eine Wahlkampagne, die auf den Erfolgen der Regierung Vázquez basiert, sowie möglicherweise die Kontrolle des Wirtschaftsministeriums. Voraussichtlich am 1. Juli soll die „fórmula“ Mujica – Astori öffentlich bekannt gegeben werden.

Der Vizepräsidentenskandidat in spe des FA ist nach einem mehrwöchigen Krankenhausaufenthalt wegen einer schweren Lungenentzündung rekonvaleszent und steht unter strikter ärztlicher Beobachtung. Am Wahltag verliess er das Haus in Begleitung seines Arztes lediglich um zur Wahl zu gehen, nahm aber nicht an der Feier der FA-Anhänger im Stadtzentrum nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse teil. Dort hatte Mujica seine Ansprache mit einem Gruss an Astori begonnen und deutlich zu verstehen gegeben, dass der FA ihn brauche, um seine mit der derzeitigen Regierung begonnenen Reformen weiter durchzusetzen. Die Krankheit und dadurch bedingte fehlende Präsenz Astoris auf der politischen Bühne in den Wochen vor der Wahl scheint die Wählergunst nicht wesentlich beeinflusst zu haben, da sein Wahlergebnis im Rahmen der Prognosen lag. Auch der dritte Kandidat des FA, Marcos Carámbula, hatte bald nach der Wahl geäußert, dass die Formel für den Wahlsieg des FA im Oktober Mujica – Astori lauten müsse und dass er am Morgen nach der Wahl wieder an seinen Schreibtisch in die Intendencia von Canelones zurückkehren werde.

Der Wahlkampf

In den letzten Wochen und Monaten war an den Häusern und in den Fenstern in Montevideo eine zunehmende Zahl von Wahlplakaten und Transparenten festzustellen. Die Fahnen mit den Parteilogos, die an den Wochenenden vor allem von jungen Parteianhängern an allen grösseren Strassenkreuzungen der Hauptstadt geschwenkt wurden, schienen von Woche zu Woche zahlreicher und grösser zu werden. Wahlwerbung und, je näher der Wahltermin

rückte, auch Wahllisten, wurden den an der Ampel wartenden Autofahrern durch die Fenster gereicht. Kilometerlange Autokonvois fuhren hupend und ebenfalls Fahnen schwingend die Rambla von Montevideo entlang. Die jeweiligen Partei-Djingles schallten täglich unendlich oft aus grossen Lautsprechern von Autos herab, die sich im Schrittempo durch die Verkehrsnerve der Stadt bewegten. Bis 48 Stunden vor der Wahl ist Wahlwerbung erlaubt. Wer sich allerdings nicht an das dann eintretende Werbeverbot, die „veda“, hält, hat aber dennoch nichts zu befürchten.

Bei allen drei Parteien hatten die Themen öffentliche Sicherheit, Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Rolle des Staates im Zentrum des Kampfes um die Wählergunst für die Vorwahlen gestanden. Eine bessere Ausbildung der Polizei und der Kampf gegen Drogenhandel und –konsum wurden unisono gefordert. Selbst wenn Uruguay im Vergleich mit anderen Ländern der Region paradiesische Zustände in Sachen öffentlicher Sicherheit zu bieten hat, gehören doch die Zeiten, als das kleine Land die „Schweiz Südamerikas“ war, nicht erst seit der Wirtschaftskrise von 2002 endgültig der Vergangenheit an. Mehr als die Hälfte der Kinder wird in armen Familien geboren, Straftaten mit Waffeneinsatz von jugendlichen Tätern zwischen 13 und 18 Jahren werden immer häufiger. Oft ist es Beschaffungskriminalität von Jugendlichen, die auf der Suche nach einem Ausweg aus der Perspektivlosigkeit in die Abhängigkeitsspirale der „pasta base“ (eines Nebenprodukts bei der Kokainherstellung) geraten sind.

Während Mujica einen eher intuitiven Wahlkampf führte und beispielsweise davon sprach, dass man solidarisch mit den Armen sein, das Volk motivieren und begeistern müsse, um die Institutionen und damit Uruguay zu verändern, verbreitete sein parteiinterner Rivale Astori ein klar strukturiertes Fünf-Punkte-Programm mit konkreten Vorschlägen. Er bekennt sich darin zur Erhöhung der Sozialausgaben als Mittel zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, will dem Staat im Hinblick auf die Wirtschaft eine „orientierende“ Funktion

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

(estado como actor orientador) geben, fordert aber auch eine nationale Strategie zur Förderung der Eigenproduktion auf der Basis von Qualität und Exzellenz. Zur Verbesserung der Sicherheitslage setzt Astori auf Investitionen in die Bildung, Informations- und Kommunikationstechnologien. Die dringend erforderliche, noch ausstehende Staatsreform, soll den öffentlichen Dienst verschlanken und professionalisieren.

Beide Kandidaten des Partido Nacional ergänzen die eingangs erwähnten Oberthemen des Wahlkampfes um die Rückbesinnung auf traditionelle individuelle Werte wie Patriotismus, Arbeit, Familie und Verantwortung, die von Solidarität und Gerechtigkeit begleitet werden müssten. Der Unternehmergeist der Uruguayer müsse durch Investitionen in Wissenschaft und Technologie gefördert und die Dezentralisierung des Landes vorangetrieben werden, so Lacalle. Larrañaga fordert eine nationale Koalition und einen sozialen Pakt, um die drängendsten Probleme der uruguayischen Gesellschaft anzugehen und die Verbesserung des öffentlichen Managements. Sozialpolitik müsse die Eigenständigkeit fördern. Beide wollen die von der FA-Regierung eingeführte, progressive Einkommensteuer für Bürger im Ruhestand aufheben, falls sie die Regierungsgeschäfte übernehmen.

Pedro Bordaberry von den Colorados setzt auf Eigeninitiative der Bürger und will ein universales Bildungswesen schaffen, das alle sozialen Schichten einschließt und den direkten Weg auf den Arbeitsmarkt ebnet. Die Steuern sollen reduziert und der IRPF abgeschafft werden. Öffentliche Sicherheit herzustellen, ist die ausschliessliche Aufgabe des Staates, weshalb die Präsenz der Polizei erhöht und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden müsse.

Die beiden einzig erwähnenswerten, weiteren PC-Kandidaten, José Amorín Batlle und Luis Hierro López, bleiben unklar in ihren Programmanschlägen. Der Vorschlag Amorín Batlles, die bislang in der Verfassung ausdrücklich verbotene Atomenergie im unter Energieknappheit leidenden Uruguay einführen zu wollen, lässt kurz aufmerken. Luis Hierro López wird mit seiner auf den

Wahlplakaten allgegenwärtigen Forderung nach „cero tolerancia a la delincuencia“ (keine Toleranz gegenüber Kriminalität) assoziiert. Ob er sich einen Gefallen damit getan hat, dass er auf den Plakaten „cero tolerancia“ in riesigen Buchstaben hat aufbringen lassen, während man schon genau hinschauen muss, um zu sehen, auf was sich die Null-Toleranz bezieht, kann man sich mit Recht fragen. Auch er will den IRPF abschaffen, der Unternehmer, Mittelklasse und Arbeitstüchtige bestrafe.

Auf die Aussenpolitik des Landes bezogene Vorschläge sind bei allen Kandidaten rar. Uruguay genügt sich zumindest in dieser Phase des Wahlkampfes selbst. Die Mitgliedschaft im südamerikanischen Integrationsbündnis Mercosur sollte nach Meinung beider Kandidaten des PN flexibilisiert werden; gefordert wird ein offener Regionalismus (regionalismo abierto). Lacalle spricht ausdrücklich von der Handelsöffnung auf der Grundlage des nationalen Interesses. Mujica gibt gar zu bedenken, dass es in Sachen Mercosur auch einen „Rückwärtsgang“ gebe. Astori tritt für „Handelsintelligenz (inteligencia comercial) ein; Uruguay müsse in der Region und in der Welt besser verankert werden; es gelte neue Märkte zu entdecken. Eine Stärkung der Rolle des Aussenministeriums wird von Lacalle gefordert; Bordaberry verlangt eine effizientere Führung der Aussenpolitik. Auch ist er, soweit ersichtlich, der einzige, der ausdrücklich eine Wiederherstellung der zerrütteten Beziehungen zum Nachbarland Argentinien anstreben will.

Errungenschaften der Frente Amplio-Regierung

Der IRPF, die progressive Einkommensteuer, die seit Mitte 2007 in Kraft ist, ist in den Augen der Regierung eine der wesentlichen Errungenschaften ihrer Amtszeit. Danilo Astori war eine der Triebfedern hinter dem Projekt, das einkommenschwächere Bevölkerungsschichten entlasten und Bürger mit höherem Einkommen verstärkt in die Pflicht nehmen will.

Weitere Reformen betrafen das Bildungswesen, das mit dem Ende 2008 verabschie-

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

deten Gesetz umfassend in Organisation und Inhalt geändert werden soll. Im Rahmen des so genannten Plan Ceibal (Conectividad Educativa de Informática Básica para el Aprendizaje en línea) wird daran gearbeitet, jedem Kind an öffentlichen Grundschulen einen Computer zur Verfügung zu stellen, der im Unterricht genutzt wird, um auch Kinder aus armen Familien an die Nutzung moderner Technologie heranzuführen.

Eine Gesundheitsreform, die noch nicht endgültig umgesetzt ist, ermöglicht nun jedem uruguayischen Bürger eine Behandlung durch die mitgliederschaftlich organisierten Krankenhausdienste, unabhängig davon, ob er Mitglied des betreffenden Dienstes ist oder nicht.

Durch staatliche Anreize wurde in der zweiten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode der Zugang auch weniger gut gestellter Bevölkerungsteile zu einem Eigenheim erleichtert.

In den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit setzte die Regierung Vázquez einen Notfallplan (plan de emergencia) um, mittels dessen für besonders von Armut und Bedürftigkeit betroffene Teile der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen geschaffen werden sollten.

Eine Verbesserung der Ausbildung und der Bezahlung der Polizei wurde eingeleitet, die bereits erste Erfolge zeitigt, die sich auch daran messen lassen, dass das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung gestiegen ist.

Die Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit wurde unter der aktuellen Regierung entschieden vorangetrieben. Auch wenn das Verjährungsgesetz (Ley de Caducidad) nach wie vor in Kraft ist, wurden doch die darin vorgesehenen Ausnahmetatbestände ausgeschöpft, um die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen während der Diktaturzeit vor Gericht zu stellen. Im März 2009 erging ein erstes Urteil gegen ehemalige Polizisten und Armeeinghörige. Für den Tag der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober hat das Wahlgericht nun auch ein Referendum anberaumt, bei dem die Wahlbevölkerung die Möglich-

keit haben wird, für eine Verfassungsänderung zu stimmen, die in der Folge die Möglichkeit bietet, das Verjährungsgesetz aufzuheben. Eine Bürgerinitiative hatte mittels einer Unterschriftensammlung 10% der Wahlberechtigten für das Referendum gewinnen können.

Ausblick auf den 25. Oktober

Gleich welcher Kandidat im Oktober zum Staatspräsidenten gewählt wird und welche Partei die stärkste Kraft im Parlament wird – es steht nicht zu befürchten, dass Uruguay seinen Ruf als demokratischer Ruhepol auf dem politisch bewegten lateinamerikanischen Kontinent verlieren könnte. Auch kann man im Grunde ausschliessen, dass es bei der Wahl Manipulationen geben könnte, die das Wahlergebnis verfälschten. Nach einer Umfrage von Latinobarómetro, deren Ergebnisse Mitte November 2008 bekannt wurden, sind die Uruguayer in Lateinamerika das Volk, das mit der Demokratie als Staats- und Regierungsform am zufriedensten ist. Dies liegt sicher nicht zuletzt daran, dass die politische Elite in Uruguay über Parteigrenzen hinweg um soziale Gerechtigkeit bemüht ist. Dies war auch sowohl den Wahlprogrammen der drei wichtigsten Parteien, als auch den Ansprachen der jeweils siegreichen Kandidaten in der Wahlnacht zu entnehmen. Im regionalen Vergleich steht Uruguay damit weiterhin als Musterknabe da, mit stabilen und relativ gut funktionierenden staatlichen Institutionen, einer realen Gewaltenteilung, einem sehr niedrigen Korruptionsniveau und einem verantwortlichen Umgang mit der Auslandsverschuldung. Am Tag nach der Wahl wurde Presseberichten zufolge eine Studie der Weltbank veröffentlicht, wonach Uruguay neben Chile das Land in Lateinamerika ist, das den effektivsten Korruptionsbekämpfungsmechanismus vorzuweisen hat.

Bedenklich ist allerdings vor dem Hintergrund der hohen Zustimmung, deren sich die Demokratie unter den Uruguayern grundsätzlich erfreut, dass nur so wenige Bürger von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben mitzuentcheiden, welche Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten aufgestellt werden sollen. Vielsagend sind die

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

Gründe, die die Nichtwähler dafür nannten, dass sie nicht an der Wahl teilgenommen haben: Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Equipos Mori gaben etwa 20% der Befragten an, dass sie nicht zur Wahl gegangen seien, weil diese, anders als die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, bei denen Wahlpflicht besteht – nicht obligatorisch ist. Weitere 20% erklärten, dass sie generell nicht an Politik interessiert seien, 17% konnten sich mit keinem der Bewerber und 9% mit keiner der angetretenen Parteien identifizieren. Sechs Prozent waren der Meinung, dass den Prognosen der Meinungsforschungsinstitute vor der Wahl zu entnehmen gewesen sei, dass die Kandidaten ohnehin bereits feststünden. Mit immerhin 15% schlug die grassierende Grippewelle zu Buche.

José Mujica gestand am Tag nach der Wahl, dass es vor allem der FA offenbar nicht gelungen war, seine Wählerschaft zu mobilisieren. Inwieweit hier gerade Mujicas Anhängerschaft unter den armen und weniger gebildeten Bevölkerungsteilen zu Buche schlägt, ist schwer zu sagen. Bei der erwähnten Befragung der Nichtwähler von Equipos Mori gaben 10% an, die Transportkosten hätten sie davon abgehalten zur Wahl zu gehen. Die Prognosen wiesen zwar hinsichtlich der Tendenzen für die einzelnen Kandidaten in dieselbe Richtung, unterschieden sich jedoch in den Prozentzahlen der jeweiligen Zustimmung mitunter deutlich. So lautete die Juni-Prognose des Instituts Factum für Mujica 49%, während das Institut Cifra 59% voraussagte. Tatsächlich erhielt er nach Angaben der Corte Electoral 52%.

Ein Wermutstropfen hinsichtlich der beiden aussichtsreichsten Kandidaten ist, dass weder José Mujica noch Luis Alberto Lacalle für einen Generationswechsel in ihren jeweiligen Parteien stehen. Es bleibt zu hoffen, dass beide es im Falle der Regierungsübernahme zumindest verstünden, auch jüngere Politiker in ihr Kabinett aufzunehmen. Zumindest der Partido Nacional hat hier durchaus hoffnungsvolle Nachwuchskräfte vorzuweisen.

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bringen die Besonderheit mit sich, dass nunmehr politische Kräfte miteinander konkurrieren, die alle bereits mindestens einmal die Regierung gestellt haben. Dies gilt ohnehin für die beiden traditionellen Parteien, Partido Colorado und Partido Nacional, die über ca. 150 Jahre hinweg in einem Zweiparteiensystem regierten. Der PN-Kandidat Luis Alberto Lacalle hat sogar persönlich bereits von 1990 bis 1995 das höchste Amt im Staate ausgeübt. Nach der nun fast fünfjährigen Regierung des Frente Amplio ist aber auch dieses Parteienbündnis, dessen Spektrum von Kommunisten und ehemaligen Tupamaros über Liberale bis zu Christdemokraten reicht, keine Alternative mehr, die den Zauber des Unbekannten ausstrahlen würde.

Die ersten Reaktionen aller Kandidaten in der Wahlnacht waren sehr konziliant. Bei den jeweiligen ersten Ansprachen der Sieger der einzelnen Parteien grüsste man auch die siegreichen politischen Gegner. Mujica betonte, es handle sich bei der nun anbrechenden Phase des Wettstreites nur um Wahlkampf zwischen politischen Gegnern und nicht um Krieg zwischen Feinden. Lacalle äusserte sich ähnlich und sagte, es gehe hier um das Angebot einer Alternative in Bezug auf bestimmte Themen. Nach innen riefen FA und PN zu Geschlossenheit auf, um bei den Wahlen im Oktober siegreich hervorzugehen. Solche Gesten sind Balsam für die Seele der harmoniebedürftigen Uruguayer. Ob im Oktober dann der regierende Frente Amplio oder der Partido Nacional als stärkste Kraft aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hervorgehen wird, ist aus heutiger Sicht schwerer absehbar, als dies noch vor der Wahl zu erwarten gewesen war. Angesichts der, wenn auch durch die unterschiedlich gelungene Wählermobilisierung bei FA und PN mit bedingten, hohen Zustimmungswerte für den Partido Nacional bei den Vorwahlen und die schnelle Definition auch des PN-Vizepräsidentenskandidaten ist zumindest ein zweiter Wahlgang wahrscheinlicher geworden. Weder für den FA, der tatsächlich nach wie vor einen Vorsprung gegenüber dem PN in der Wählergunst haben dürfte und der, unabhängig von der dann

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

GISELA ELSNER

3. Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/uruguay

bestehenden Wahlpflicht, sicher versuchen wird, seine Wählerschaft nach den Erfahrungen der Vorwahlen für Oktober besser zu mobilisieren, noch für den PN als grösste Oppositionspartei sind die Chancen auf eine absolute Mehrheit im ersten Wahlgang gesichert.

Mit Mujica und Lacalle stehen sich in jedem Fall nun die beiden extremeren Gegensätze im politischen Spektrum gegenüber, als dies bei einem Wahlsieg Larrañagas und/oder Astoris der Fall gewesen wäre. Vermutlich war es aber gerade die klare Abgrenzbarkeit der Optionen, die das Ergebnis der Vorwahlen in Bezug auf diese beiden stärksten Kräfte bedingt hat. Larrañaga, der gar vor einigen Monaten schon einmal Mujica zum Asado auf seine Chacra eingeladen und ausserdem laut über die Möglichkeit einer Koalition nachgedacht hatte, was in Uruguay ein Novum gewesen wäre, wurde dies von den Wählern nicht gedankt. Bei aller Konsensorientierung der Uruguayer – bei den politischen Führungsfiguren scheinen sie ein eindeutig abgrenzbares Profil zu schätzen. Dennoch ist es nun möglicherweise gerade die Dialogbereitschaft und –fähigkeit Larrañagas mit dem FA, die ihn zu einer zentralen Figur im Team Lacalles machen. Lacalle und Mujica trennen Welten. Dennoch wird es unabhängig davon, wer von beiden im Oktober zum Staatspräsidenten gewählt wird – des Dialoges zwischen den Köpfen der Regierungspartei und der stärksten Oppositionskraft wird es bedürfen, zumal keiner der beiden Parteien die absolute Mehrheit sicher ist.